TOP 8: Umsetzung des Gewalthilfegesetzes (GewHG) in Rheinland-Pfalz

- Vorlage des Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration vom 18. Juni 2025 -

Beschluss:

1. Der Ministerrat nimmt die Ministerratsvorlage des Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration zur Umsetzung des Gewalthilfegesetzes (GewHG) in Rheinland-Pfalz zur Kenntnis.
2. Der Ministerrat bittet das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration, die Federführung für die Erstellung der im Gesetz vorgeschriebene Ausgangsanalyse und der darauf aufbauenden Bedarfsanalyse für die Entwicklung des Netzes an Schutz- und Beratungsangeboten in Rheinland-Pfalz zu übernehmen.
3. Der Ministerrat bittet das MFFKI, federführend unter Beteiligung der von der Umsetzung des GewHG betroffenen Ressorts und deren nachgeordneter Bereiche, eine gemeinsame Strategie zur Umsetzung der durch das Gesetz notwendigen Veränderungen im rheinland-pfälzischen Gewalthilfesystems zu erarbeiten. Die dafür notwendigen ressortübergreifenden Arbeitsstrukturen werden federführend vom MFFKI in Abstimmung mit den beteiligten Ressorts eingerichtet.

Erläuterungen:

Das Gesetz zur Sicherung des Zugangs zu Schutz und Beratung bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt (Gewalthilfegesetz - GewHG) ist am 28. Februar 2025 in Kraft getreten (BGBl. 2025 I Nr. 57). Es schafft einen Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung für alle gewaltbetroffenen Frauen und ihre Kinder ab dem Jahr 2032. Damit dieser Rechtsanspruch verwirklicht werden kann, sind die Länder verpflichtet, ein Netz an ausreichenden, niedrighschwelligen, fachlichen sowie bedarfsgerechten Schutz- und Beratungsangeboten in angemessener geografischer Verteilung sicherzustellen und diese angemessen öffentlich zu finanzieren. Sowohl für die zunächst notwendigen Ausgangs- und Bedarfsanalysen und die sich daran anschließende Erarbeitung einer Strategie zur Umsetzung sind umfangreiche Kooperations- und Abstimmungsprozesse innerhalb der Landesverwaltung notwendig. Das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration übernimmt unter Beteiligung der von

der Umsetzung des GewHG betroffenen Ressorts die Federführung für die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie zur Umsetzung der durch das Gesetz notwendigen Veränderungen im rheinland-pfälzischen Gewalthilfesystems.